

borderline-europe

Menschenrechte ohne Grenzen e.V.



**STREIFLICHT
ITALIEN**

**November-Dezember
2020**

*Liebe Leser*innen,*

mit diesem Streiflicht Italien verabschieden wir uns aus dem schwierigen Jahr 2020.

Wir lesen uns wieder im neuen Jahr!

Ihr/Euer borderline-europe Team Sizilien

THEMEN

- ✚ Gregoretti und Open Arms – die Prozesse gegen Matteo Salvini
- ✚ Die Situation im zentralen Mittelmeer
- ✚ Ausgegrenzt auf Quarantäne-Schiffen
- ✚ Situation in den Hotspots weiterhin prekär
- ✚ Das neue Zweitunterbringungssystem für Asylsuchende und Anerkannte - Sai
- ✚ Business in der Aufnahme
- ✚ Gibt es nun ein neues Abkommen Tunesien – Italien?
- ✚ Ventimiglia. Die Situation an der italienisch-französischen Grenze
- ✚ Kritik an Rückübernahmeabkommen mit Slowenien
- ✚ Italien kritisiert den EU-Pakt zur Migration

Gregoretti und Open Arms – die Prozesse gegen Matteo Salvini

Die beiden Prozesse gegen Salvini wegen Freiheitsberaubung basieren auf unterschiedlichen Voraussetzungen: Im Falle der Gregoretti handelt es sich um ein Schiff der italienischen Küstenwache. Diese fuhr bis zum Amtsantritt Matteo Salvinis (LEGA) 2018 noch selber Rettungssuchaktionen außerhalb der territorialen Gewässer. Bei der Open Arms hingegen handelt es sich um ein ziviles Seenotrettungsschiff.

Am 12. Dezember wurde der [ehemalige Innenminister Salvini](#) sowie weitere Minister*innen vor Gericht in Catania im Fall Gregoretti gehört. Der damalige Transportminister Danilo Toninelli (5-Sterne Bewegung) wiederholte über zwei Stunden, er wisse es nicht mehr oder er sei nicht dabei gewesen, von der Aussage der ex-Verteidigungsministerin Elisabetta Trenta (5-Sterne Bewegung) ist nichts bekannt. Der italienische Premierminister Giuseppe Conte soll am 28. Januar 2021 gehört werden, weitere Anhörungen vom damaligen Innenminister Luigi di Maio und der jetzigen Innenministerin Luciana Lamorgese folgen. Der Fall: Die Gregoretti rettete am 25. Juli 2019 131 Personen, fünf Tage lang wurde kein sicherer Hafen zugewiesen, erst am 31.07.2019 konnte das Schiff in den Hafen von Augusta einlaufen. Ebenfalls am 12. Dezember sollte der Prozess gegen Salvini im Fall Open Arms (OA) in Palermo beginnen. OA hatte vom 01.08.2019 bis zum 10.08.2019 mehrere Boote mit insgesamt circa 160 Menschen gerettet und musste bis zum 21. August warten, bis endlich ein sicherer Hafen zugewiesen wurde. Sieben Tage davon lag sie vor Lampedusa. Wie auch im ersten Fall geht es um die Frage der Freiheitsberaubung durch die Verweigerung der Einfahrt in einen sicheren Hafen. Die Anhörung wurde sofort nach Eröffnung auf den 9. Januar 2021 verschoben, da Salvini nicht anwesend sein konnte.



Sit in vor dem Gericht in Palermo, 12.12.2020, Foto: Forum Antirazzista Palermo

Einen [wichtigen Kommentar zu den Prozessen](#) gegen Salvini leistete der Asylrechtsexperte Fulvio Vassallo Paleologo aus Palermo: „Die Taktik der Verteidigung erscheint vorhersehbar und steht im Einklang mit dem politischen Verhalten des Angeklagten, der es gewohnt ist, selbst die Beweiskraft von Tatsachen und den Wert von Rechtsnormen zu leugnen, um sein Ziel zu verfolgen, nämlich die Zustimmung der Wähler*innen zu erlangen. Leugnen bedeutet, das Verhältnis zwischen Tatsache und Lüge, zwischen Legalität und Illegalität umzukehren [...]. Man kann prozessuale Vorgänge, die sehr unterschiedliche Gründe haben, nicht auf eine Stufe stellen, und in jedem Fall bezieht sich die strafrechtliche Verantwortung auf individuelle Tatsachen und individuelle Entscheidungen der vor Gericht geladenen Person. Die "Rechtsstaatlichkeit", die die Grundlage der Demokratie in jedem Land ist, entspricht nicht nur dem Schutz des Rechts auf Leben, sondern auch dem Recht, keiner unangemessenen Beschränkung der persönlichen Freiheit unterworfen zu werden, außer in den gesetzlich vorgesehenen Fällen (Art. 13 der Verfassung). Dieses Prinzip muss gegen einen Medien- und Justizpopulismus verteidigt werden, der nicht nur die Rechte und Pflichten der Regierenden auslöscht, angefangen bei den Pflichten zur Rettung und Ausschiffung, sondern auch die Grundrechte und den in der Verfassung verankerten Grundsatz der Gleichheit vor dem Gesetz.“

Die Situation im zentralen Mittelmeer

Ein Überblick über die derzeitige Situation im Zentralen Mittelmeer findet sich in unserem [Coronaupdate 17](#), die [neuesten Ankunfts-zahlen 2020](#) hat das Innenministerium am 16. Dezember veröffentlicht: 33.238 Menschen erreichten die italienischen Küsten in diesem Jahr. 38% kommen aus Tunesien, gefolgt von 12% aus Bangladesch, 6% aus der Elfenbeinküste und 4% aus Algerien. Ab Mitte November erreichten sehr wenige Geflüchtete Italien über See, erst Mitte Dezember sind [erneute mehrere Ankünfte](#) zu verzeichnen. Derzeit befindet sich kein ziviles Seenotrettungsschiff im Zentralen Mittelmeer.

Im Februar 2021 hingegen soll eine neue gemeinsame Mission der Organisationen [Sea-Eye](#) und [MOAS](#) starten. Der Verbund [United4Rescue](#) hat die Finanzierung des neuen Schiffes von Sea-Eye übernommen. Die maltesische Organisation MOAS war die erste im zentralen Mittelmeer, die zivile Rettungseinsätze ab dem Jahr 2014 fuhr.

Gleich zwei gute Nachrichten sind von der Plattform [Mediterranea](#) zu melden. „Unser Legal Team hat uns über die [endgültige Einstellung des Verfahrens](#) gegen unseren Kommandanten Pietro Marrone und den Einsatzleiter Luca Casarini (...) informiert.“ Beide wurden nach einer Rettungsaktion auf See und der nachfolgenden Einfahrt mit 50 geretteten Personen in den Hafen von Lampedusa am 19. März 2019 wegen Beihilfe zur illegalen Einreise angeklagt. Am 13. Dezember hingegen verkündete die Tageszeitung [La Repubblica](#), das auch [Mediterranea](#) ein neues, sehr viel größeres Schiff vorbereitet und voraussichtlich im April 2021 die „Segel setzen“ wird.

Gute Nachrichten auch im [Fall Open Arms](#). Diese hatte am 15. März 2018 auf ausdrücklichen Wunsch der italienischen Behörden bei der Rettung von 218 Personen

eingegriffen und war dann mit diesen nach Pozzallo gefahren. Es wurde gegen Marc Reig Creus und Ana Isabel Montes Mier, Kommandant und Missionsleiterin, ermittelt. Sie wurden wegen Beihilfe zur illegalen Einwanderung und privater Gewalt angeklagt, da sie die Anweisungen der italienischen Behörden missachtet hätten. Nach der Bitte um Mithilfe ordnete die italienische Küstenwache jedoch an, sich zurückzuziehen und das Feld der so genannten libyschen Küstenwache überlassen. Das verweigerte die Open Arms und setzte ihre Fahrt in Richtung Pozzallo fort. Das Gericht von Ragusa hat nun nach Anhörung der Parteien entschieden, die Ermittlungen als gegenstandslos einzustellen, da der Tatbestand für private Gewalt und der Straftatbestand der Beihilfe zur illegalen Einreise aufgrund der notwendigen Rettung nicht gegeben sei.



„Die Wellen waren hoch. Je länger wir warteten, desto mehr Menschen starben, 4 Menschen, 2 Menschen, 3 Menschen.“ Aus dem Bericht des Alarm Phones

Seit Jahren werden die Seenotrettungs-NGOs an ihrer Arbeit gehindert und verleumdet. Das hat nicht nur Menschenleben gekostet, sondern auch den Ruf der SAR-NGOs geschädigt. Dies hat die auf See tätigen NGOs Open Arms, Sea Watch, [Mediterranea](#), SOS Méditerranée, Ärzte ohne Grenzen, Emergency und ResQ dazu veranlasst, ein "[Komitee für das Recht auf Rettung](#)" zu gründen. Es soll nach eigenen Angaben eine Funktion des `moralischen Schutzes` der Rettungstätigkeit und eine informierte und maßgebliche Rechtsverteidigung ausüben. In diesem Komitee sitzen Akademiker*innen, Politiker*innen, der ehemalige Konteradmiral der italienischen Küstenwache Vittorio

Alessandro, Jurist*innen, Journalist*innen und Schriftsteller*innen. Bleibt abzuwarten, was dieses Komitee bewirken kann.

Dramatisches berichtete hingegen das [Alarm Phone](#) in einem neuen Report 'Schiffsunglücke im November - Hunderte von sichtbaren und unsichtbaren Todesfällen im zentralen Mittelmeer': „Mitte November schrie die Welt laut auf über den gewaltsamen Tod des sechs Monate alten Yusuf, der an Bord des Rettungsschiffes Open Arms starb, nachdem das Boot, mit dem er das zentrale Mittelmeer überquerte, kenterte. Sein Schicksal ist grausam, aber nicht singulär. Allein seit dem 1. November wurden dem Alarm Phone 132 Todesfälle nur auf der zentralen Mittelmeerroute gemeldet. All diese Todesfälle sind das Ergebnis von Schiffsunglücken, von denen viele hätten vermieden werden können, wenn die Behörden nur angemessen auf die Notrufe reagiert hätten.“ Über die aktuelle Arbeit des Alarm Phone ist zudem am 21. November ein Artikel auf [Al Jazeera](#) erschienen.

Ausgegrenzt auf Quarantäne-Schiffen

Seit April 2020 setzt die italienische Regierung Schiffe ein, auf denen Migrant*innen – und nur diese – die Quarantäne absolvieren sollen. Auf diese gemieteten Fähren werden sowohl negativ wie positiv Getestete gebracht. In unserem [Coronaupdate 16](#) berichteten wir über die Problematik dieser Schiffe, nun hat das Forum Antirazzista Palermo, dem auch [borderline-europe](#) und [Borderline Sicilia](#) angehören, eine Analyse zu der diskriminierenden und traumatisierenden Unterbringung auf den Schiffen herausgebracht. „*Das Recht auf Leben und auf Gesundheit darf nicht von der Nationalität und der Herkunft abhängig sein*“ heißt es in der Presseerklärung. Die Nutzung von Quarantäneschiffen zur gesundheitlichen Überwachung der auf See geretteten oder selbständig in Italien angekommenen Migrant*innen basiert auf einem

Notstandssystem. Die Beschränkung der Bewegungsfreiheit und die Verletzung des Diskriminierungsverbots bilden die Grundlage, denn diese anderen Maßstäbe werden ausschließlich für Migrant*innen angewendet, die nach Italien kommen.



Die Problematik der Quarantäne-Schiffe für Migrant*innen: Analyse und Forderungen

Es fehlt an jedweder Transparenz und Information. Es handelt sich um ein System, das weder erreicht was es verspricht, noch eine besondere Schutzbedürftigkeit ermittelt. Ganz im Gegenteil verstärkt es diese noch. Das Dokument "[Die Problematik der Quarantäne-Schiffe für Migrant*innen: Analyse und Forderungen](#)", wurde von mehr als 150 italienischen und internationalen Organisationen, Wissenschaftler*innen und Expert*innen unterzeichnet und ist [offen für weitere Unterzeichnungen!](#)

Situation in den Hotspots weiterhin prekär

Die aktuelle Situation in den Hotspots ist prekär, Geflüchtete berichten über geringen Zugang zu sanitären Einrichtungen, Überbelegung und geringe ärztliche Versorgung.

Besonders für Minderjährige stellt diese Unterbringung eine große psychische und physische Belastung dar. In unserem [Coronaupdate 17](#) können Sie genaueres über die Situation in den Hotspots erfahren.



Lampedusa. Foto: [RS](#)

Das neue Zweitunterbringungssystem für Asylsuchende und Anerkannte - Sai

Die Senatskammer wird am 16. Dezember die [vorgeschlagenen Änderungen](#) der Sicherheitsdekrete Salvinis prüfen. Das neue Aufnahme- und Integrationssystem (Zweitunterbringung) soll Sai (Sistema di Accoglienza ed Integrazione, System für die Aufnahme und die Integration) heißen und den zentralisierten und sicherheitsorientierten Ansatz der öffentlichen Aufnahmezentren aufgeben, um zu einem dezentralisierten und flächendeckenden System zurückzukehren, das hauptsächlich von Bürgermeister*innen geleitet wird und auf die grundlegende Unterstützung der Zivilgesellschaft zählt (so wie zuvor das SPRAR-System). Es wird in zwei Stufen unterteilt sein: Die erste Stufe, die Aufnahme, steht den Asylsuchenden offen, die zweite, die Integration, denjenigen, die bereits internationalen Schutz erhalten haben. Das Sai wird die SIPROIMI ersetzen, die zuvor das bekanntere SPRAR-System ersetzt hatten. Die großen CAS-Zentren (außerordentliche Unterbringungszentren, die dann letztendlich die meist genutzten waren und sind) bleiben bestehen, sie sollen allerdings nur zur Erstaufnahme dienen. In den Jahren der Regierung aus den Parteien der 5-Sterne-Bewegung und der LEGA Salvinis gab es zum

ersten Mal leere Plätze im Aufnahmesystem. Dies war eine in zwanzig Jahren noch nie dagewesene Wende. Verursacht wurde dies durch den Ausschluss von Tausenden von Menschen aus dem System der Zweitunterbringung aufgrund der Abschaffung des humanitären Schutzes und des engeren Aufnahmeperimeters. Das führte zu massiver Obdachlosigkeit der Betroffenen.

Business in der Aufnahme

Ein Bericht von [Valori](#), der auch Gegenstand einer parlamentarischen Anfrage des Abgeordneten Andrea Vallasca (5-Sterne Bewegung) an die Innenministerin Lucia Lamorgese geworden ist, spricht von dem Geschäft mit den Aufnahmezentren für Geflüchtete. Die vom ehemaligen Innenminister Matteo Salvini gewollten Sicherheitsdekrete haben das Geschäft der spekulativen Finanzen im Bereich der Aufnahme begünstigt. Während die kleineren Non-Profit-Organisationen mit einer starken sozialen Berufung aus dem Aufnahmesystem verdrängt werden, sind diejenigen, die ihren Weg machen, die großen, ausschließlich gewinnorientierten Unternehmen. Das wenige Personal dieser Art der Aufnahmezentren kann und will die Betreuung und Unterstützung geflüchteter Menschen nicht leisten. Aufgrund der oftmals unzumutbaren Lebensbedingungen der Menschen kommt es in diesen großen Zentren immer wieder zu Unruhen oder Fluchten.

Gibt es nun ein neues Abkommen Tunesien – Italien?

Die Organisationen ASGI (Verein der juristischen Studien zur Migration), FTDES (Tunesisches Forum für wirtschaftliche und soziale Rechte) sowie Anwäl*innen ohne Grenzen Tunesien haben mittels des FOIA (Freedom of Information Act) von ihrem Recht Gebrauch gemacht, [Einblick in staatliche](#)

Dokumente zu erhalten. Das italienische Innen- (20.11.2020) sowie das italienische Außenministerium (30.09.2020) haben geantwortet, dass nach dem Treffen von Regierungsvertreter*innen beider Länder am 17. August 2020 kein (neues) bilaterales Abkommen zwischen Italien und Tunesien verfasst wurde. Eine Diskussion über eine eventuelle finanzielle Unterstützung sei noch nötig. Die Antworten der tunesischen Regierung auf diese Anfragen zeigen sich in der Übersendung einer Ausgabentabelle (Erwerb von Schiffen, Motoren, Radar etc.), jedoch ohne einen zeitlichen Rahmen der Ausgaben noch die Herkunft der Mittel anzugeben. "Obwohl es im Moment keine konkrete finanzielle Zusage zu geben scheint, wird eine Wiederaufnahme dieses Kooperationsvorschlags im Hinblick auf den bevorstehenden Besuch von Innenministerin Lamorgese - wiederum in Begleitung von Kommissarin Johansson - in Tunesien im Dezember erwartet. Diese Bestimmungen und Vereinbarungen sollten öffentlich gemacht werden, damit die Zivilgesellschaft in beiden Ländern vollen Zugang zu den Handlungen der öffentlichen Verwaltung hat und deren Achtung der Grundrechte überprüfen kann", so ASGI.

Ventimiglia. Die Situation an der italienisch-französischen Grenze

Am 14. Dezember brachte das Projekt Meltingpot Europa einen Bericht von Luca Daminelli über [die Situation an der italienisch-französischen Grenze](#) heraus. Der Autor, der als Aktivist längere Zeit in Ventimiglia verbracht hat, beschreibt, dass jeder Zug, jedes Auto und jeder Bus bei Grenzübertritt nach dem Prinzip des racial profiling kontrolliert werden. Die Kontrollen finden bis nach Nizza (ca. 35 km), aber auch schon auf der italienischen Seite statt.

Aus Angst vor diesen Kontrollen kommt es immer wieder zu – auch tödlichen – Unfällen. So wurde am 8. Oktober ein junger Mann, der

auf dem Zugdach lag, von einem elektrischen Schlag getötet. Auch die Pfade durch die Berge werden überwacht: mit Drohnen und durch die Soldaten der französischen Fremdenlegion (!). Wer ohne Papiere angetroffen wird, wird zur Polizeistation Ponte San Luigin gebracht, wo er/sie ein Einreiseverbot für Frankreich erhält. Auch unbegleitete Minderjährige werden rechtswidrig von der französischen Polizei zurückgeschoben. Im letzten Sommer waren es 100-200 Menschen am Tag, derzeit ist es etwas ruhiger, da aufgrund der Coronaregelungen die Bewegungsfreiheit eingeschränkt ist.



Italienisch-französische Grenze. Karte: [meltingpot](#)

Das Camp des Roten Kreuzes, das trotz aller Kritik jedoch das einzige war, das den Geflüchteten eine Art Unterkunft geboten hat, wurde abgebaut. Nun bleibt nur das Campieren in einem Flussbett in der Nähe der Grenze. Widersprüchlich ist hier der Wunsch der Behörden, die Geflüchteten möglichst unsichtbar zu halten, sie andererseits jedoch in die völlige Sichtbarkeit der Straße zu zwingen. Auch hier scheint die Pandemie eine Entschuldigung zu sein, die Situation nicht ändern zu können und zu wollen. Die Caritas schickt einmal die Woche einen Arzt für eine Stunde vor Ort. Eine der Organisationen, die die Geflüchteten mit Essen versorgen, ist [Keshaniya](#). Hier werden auch noch Freiwillige für die Weihnachtsfeiertage und den Jahreswechsel gesucht!

Überall findet man Papiere und Dokumente entlang der Route nach Frankreich. Unter

diesen Dokumenten auch die Entlassung aus der Quarantäne und den sich sofort anschließenden Abschiebungsbescheid. „Ein klares Beispiel dafür, wie ein Instrument (die Quarantäne), das für Gesundheitsfragen geschaffen wurde, für die sicherheitspolitischen Bedürfnisse der Grenzkontrolle und die Verweigerung der Rechte von Migrant*innen missbraucht wird.“

Kritik an Rückübernahmeabkommen mit Slowenien

Das Netzwerk IoAccolgo (ich nehme auf) rief die italienische Regierung auf, nicht einfach die [Rückübernahmeabkommen mit Slowenien](#) wiederaufzulegen. Vor allem kritisiert werden [mögliche Kettenabschiebungen](#). "In diesem Bereich tätige Verbände berichten uns, dass sie Zeugen von scheinbar kollektiven Abweisungen sind. Wir können alte Rückübernahmeabkommen nicht anwenden, wenn wir nicht wissen, wo die Menschen landen: vielleicht in Bosnien-Herzegowina, nachdem sie nach Kroatien überstellt wurden, dessen Behörden mehr als einmal der Gewalt bezichtigt wurden". IoAccolgo nimmt hier Bezug auf den Bericht von [Borderline Violence Monitoring](#). Von Jahresbeginn bis zum 21. September wurden fast 3.400 Migrant*innen an der Grenze zu Slowenien "aufgespürt", im Vergleich zu 2.700 im gleichen Zeitraum 2019 (+ 23 %). Im gleichen Zeitraum gab es knapp 1.000 Rücküberstellungen nach Slowenien, im Vergleich zu 250 im gleichen Zeitraum des Jahres 2019.

Italien kritisiert den EU-Pakt zur Migration

[Der EU-Pakt zu Migration](#) und Asyl, der am 23. September von der Europäischen Kommission in Brüssel vorgestellt wurde, wird von Nichtregierungsorganisationen sowie von Regierungen der EU-Mitgliedsländer kritisiert. Die [vier Mittelmeerländer](#) Italien, Spanien,

Griechenland und Malta halten die neuen Beschlüsse des Migrationspaktes der EU für zu unausgewogen für die Erstantkunftsländer. Die italienische Innenministerin Luciana Lamorgese und der italienische Außenminister Luigi Di Maio fordern eine Neufassung des Paktes, in der die Verteilung von Asylsuchenden in Europa für alle Mitgliedstaaten verpflichtend gemacht werden soll.

[Der Pakt gibt an, Drittländern](#) bei der Stärkung ihrer Asyl- und Aufnahmesysteme helfen zu wollen, doch nach Nichtregierungsorganisationen werden diese Länder nur unterstützt, um Menschen auf ihrem Weg nach Europa zu blockieren. Eigentlich sieht der Pakt die formale Aufhebung der Dublin-Verordnung vor, in Wirklichkeit werden jedoch die geltenden Kriterien bestätigt, einschließlich der Zuständigkeit für die Prüfung des Antrags durch das Einreiseland. Nichtregierungsorganisationen kritisieren, [die vorgeschlagenen Reformen](#) zielen insbesondere darauf ab, die Grenzverfahren zu stärken, wobei erneut auf den Hotspot-Ansatz (Trennung von so genannten Wirtschaftsmigrant*innen und potentiellen Asylsuchenden ohne die verbrieftete Möglichkeit für alle, einen Schutzantrag zu stellen) zurückgegriffen wird. Die Folgen der großen Aufnahmezentren für die psychische und physische Gesundheit stellen ein anhaltendes Hindernis für die Integration Geflüchteter in den Aufnahmeländern dar und verursachen große menschliche, gesundheitliche, soziale und wirtschaftliche Probleme, wie ein Dokument von [Ärzte ohne Grenzen und weiteren 17](#) italienischen Organisationen anprangert.

Lesen Sie auch unsere [Corona-Updates](#) auf unserer Homepage!

Kontakt

[borderline-europe](#)
Menschenrecht ohne Grenzen e.V.
<https://www.borderline-europe.de/>
mail@borderline-europe.de
jg@borderline-europe.de